



NACHGEFRAGT

„Empörung verständlich“

KREIS AACHEN. Eine Diätenerhöhung, die in zwei Jahren 820 Euro im Monat ausmacht, haben sich die Bundestagsabgeordneten genehmigt. Die Empörung im Land ist groß. Unser Redakteur **Udo Kals** hat bei den Abgeordneten aus dem Kreisgebiet nachgefragt.



Achim Großmann (SPD)

Seit 23 Jahren sitze ich im Bundestag und habe praktisch jedes Jahr eine solche Diskussion über den angeblichen Selbstbedienungsladen erlebt – und auch so manche Nullrunde. Was wir aber voriges Jahr beschlossen haben, ist, die Sondersituation aufzuheben, indem wir uns in den Geleitzug vergleichbarer Berufsgruppen begeben – wie es eine unabhängige Kommission empfohlen hat. Wir verdienen jetzt ungefähr soviel wie ein Bürgermeister einer Stadt in Nordrhein-Westfalen mit 40 000 bis 60 000 Einwohnern.



Helmut Brandt (CDU)

Ich habe Verständnis dafür, dass die Menschen die Erhöhung nicht nachvollziehen können. Wegen der unglücklichen zeitlichen Abfolge sieht es schon so aus, als ob wir uns selbst bedienen würden. Doch ich trage die Entscheidung mit, weil wir nun an die Gehaltentwicklung vergleichbarer Berufe, etwa Bundesrichter, angekoppelt werden. Zwar müssen wir die Erhöhung auch künftig jedes Mal erneut beschließen. Aber ich hoffe, dass es Diskussionen in der Form nicht mehr geben wird.



Bettina Herlitzius (Grüne)

Ich bin ganz klar gegen die Diätenerhöhung. Das ist nicht der richtige Zeitpunkt für einen solchen Schritt. Eine Nullrunde wäre angebrachter. Generell müsste das ganze System mitsamt der Regelungen für die Altersvorsorge auf den Prüfstand.

KONTAKT

Redaktion Kreis Aachen:
Udo Kals, Jutta Geese
Luisenstraße 16, 52477 Alsdorf
Tel.: 02404/5511-36, -76
Fax: 02404/5511-49, -79
kreis-aachen@zeitungsverlag-aachen.de

Polizeikameras nehmen viel mehr ins Visier

Fünf Positionen der um 360 Grad schwenkbaren Videoüberwachung festgelegt. Start im August gegen den Willen der Ratsmehrheit.

VON UNSEREM REDAKTEUR
ROBERT ESSER

AACHEN. Die Polizei hält sich weiter bedeckt: Welche Bereiche die Ordnungshüter ab August mit ihrem neuen Videoüberwachungssystem tatsächlich überwachen können, behält die Führungsmannschaft um Polizeipräsident Klaus Oelze noch für sich. Lediglich die fünf genauen Kamerapositionen der rund 150 000 Euro teuren Anlage mit fünf um 360 Grad schwenkbaren, leistungsstarken Zoomobjektiven wurden jetzt nach einem Treffen des Polizeichefs mit den Stadtratsfraktionen bekannt gegeben. Die Polizei sah sich auf Anfrage aber nicht in der Lage, detaillierte Fragen zu Blickwinkeln, Positionshöhen etc. zu beantworten. Auch die Unterlagen der laufenden „öffentlichen Ausschreibung“ werden nach wie vor

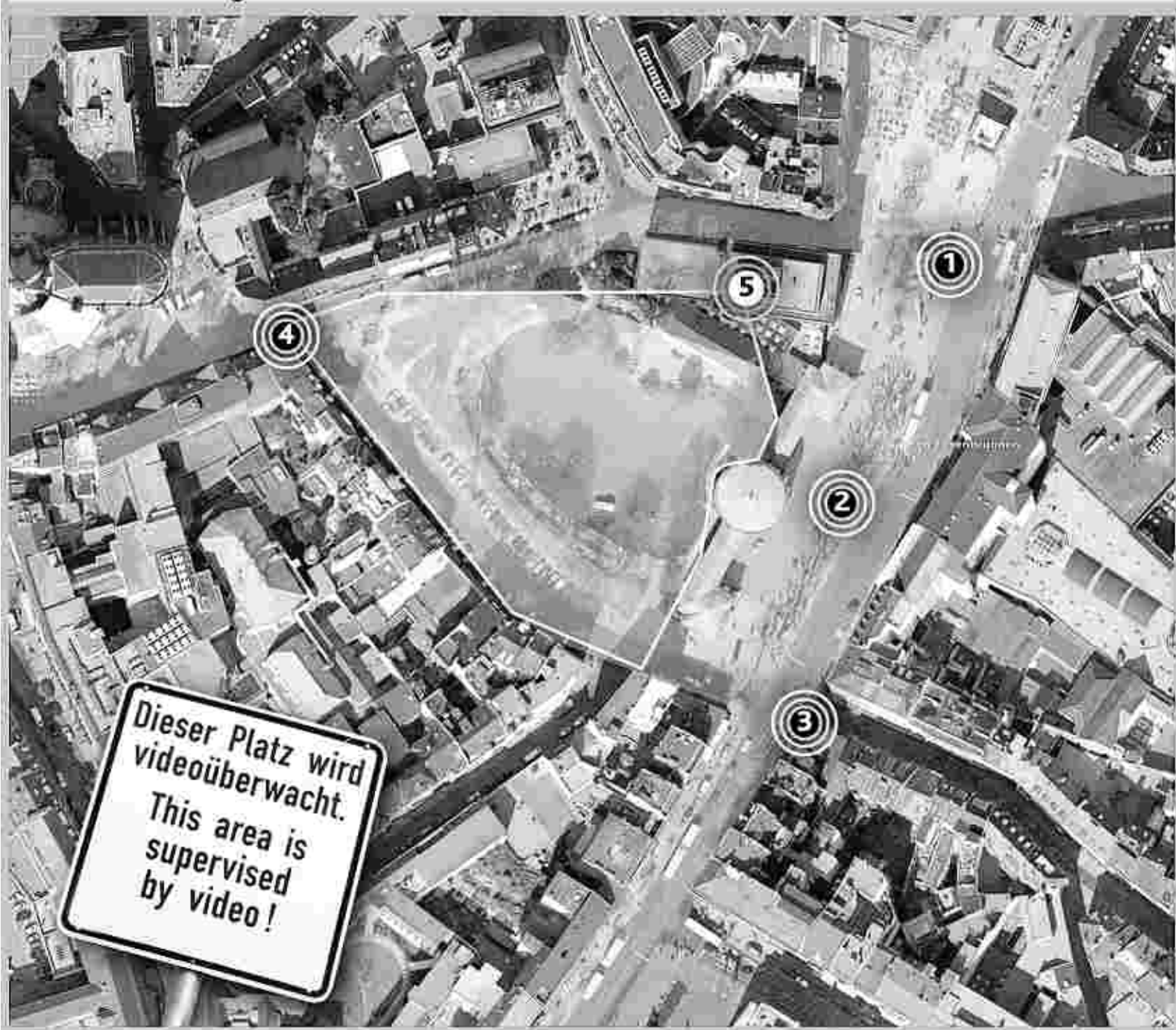
„Dass jetzt auch noch die Umgebung rund um den Eisenbrunnen mitüberwacht wird, macht die Sache umso schlimmer.“

HELMUT LUDWIG, GRÜNE

nur handverlesenen Unternehmen zugänglich gemacht. 22 Firmen hatten Interesse gezeigt, sieben nahmen unter Ausschluss der Öffentlichkeit an informellen Ortsterminen mit der Polizei teil.

Fest steht indes, dass die Kameras eine Überwachung weit über den Eisenbrunnen hinaus ermöglichen. So könnte etwa Kamera 4 an der Hartmann-/Ursulinerstraße einerseits den Elisengarten und andererseits fast den kompletten Münsterplatz einfangen. Kamera 1 blickt nicht nur auf den Eisenbrunnen, sondern auch weit in Holz- und Dahmengraben sowie Peterstraße. Von der Kameraposition 3 (Ecke Wirichsbongardstraße/Friedrich-Wilhelm-Platz) ist sogar die Videokontrolle des Eingangsbereichs der bei vielen Nachtschwärmern beliebten Diskothek Tanzpalast gegenüber dem Stadttheater möglich. Über digitale Verschattungen will die Polizei verhindern, dass darüber hinaus auch durch Fenster von Privathäusern oder Geschäften des riesigen Überwachungsareals gezoomt werden kann. Drei Polizisten

Videoüberwachung der Innenstadt



Rundum schwenkbar: Die fünf Videokameras mit leistungsstarken Zoom-Objektiven können von ihren jetzt festgelegten Positionen ab August weit über den Eisenbrunnen hinaus Plätze, Straßen und Fußgängerzonen überwachen.

Grafik: Hans-Gerd Claßen

will man allein für die Monitorüberwachung in der Kommandozentrale der Wache Mariental abstellen.

„Studien zeigen, dass die Videoüberwachung kriminelle an andere Orte verdrängt, nicht aber die Gesamtzahl der Delikte reduzieren kann“, kritisierte Helmut Ludwig

von den Grünen. CDU-Fraktionschef Rolf Einmahl erklärte hingegen: „Der Polizeipräsident hat betont, dass am Eisenbrunnen ein krimineller Schwerpunkt liegt – mit mehr als 400 Taschendiebstählen an den Bushaltestellen und vielen Körperverletzungen im vergangenen Jahr.“ Er

sehe die Gefahr des Verdrängungseffektes nicht. SPD-Ratscherr Norbert Plum betonte, seine Fraktion sei – anders als Oberbürgermeister Dr. Jürgen Linden – weiterhin skeptisch. Statt Kameras befürworte man mehr Polizeipräsenz vor Ort.

Überwachen will die Polizei ab

August zu geheimen Kernzeiten. Sämtliche Videos sollen dem Vernehmen nach 14 Tage nach der Aufnahme aus dem digitalen Archiv gelöscht werden. Im Juni will Oelze den Auftrag zum Anlagebau vergeben – auch wenn die Mehrheit des Aachener Stadtrats dagegen sei, hieß es.

„Wir sind in vielem weiter als andere Grenzregionen“

Harte Arbeit, historische Vorteile: Kreisdirektor stellt die Zukunftsinitiative Eifel im Tourismusausschuss des Bundestages vor.

VON UNSERER REDAKTEURIN
JUTTA GEESE

KREIS AACHEN. Die touristischen Potenziale Nordrhein-Westfalens werden längst nicht so ausgeschöpft wie es möglich wäre, meint Helmut Otto. Und so fordert der bisherige Präsident des Hotel- und Gaststättenverbandes NRW von Politik, Tourismusorganisationen und Gastgewerbe mehr Engagement und Zusammenarbeit. Recht gut aufgestellt ist dabei schon die Eifel, nicht zuletzt mit dem im Jahr 2005 gestarteten Projekt „Zukunftsinitiative“, das nicht nur die touristische, sondern die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in den Blick nimmt. Auch in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die Region Eifel-Ardennen richtungweisend. „Wir sind in vielem weiter als andere Grenzregionen in Deutschland“, stellt Kreisdirektor Helmut Etschenberg fest. „Das sage ich ganz unbescheiden.“

Und Etschenberg hat den Vergleich: Er war jetzt vom Bundestagsausschuss für Tourismus als Sachverständiger zum Thema „Länderübergreifende Tourismuskooperationen“ eingeladen und hat in Berlin Kollegen aus anderen Grenzregionen getroffen, unter anderem aus der Euroregion Pomerania (Mecklenburg-Vorpommern/Polen/Schweden), der Region Bayerischer Wald/Böhmerwald (Bayern/Tschechien) und der Region Schwarzwald (Baden-Württemberg/Frankreich/Schweiz). Ein wenig Stolz schwingt mit, wenn er sagt: „Wir sind die einzigen, die es geschafft haben, mit der Europäischen Wirtschaftlichen Interessen-



Ein Weg, der verbindet: Der Eifelsteig steht für die grenzüberschreitende Arbeit im Tourismus in der Region Eifel-Ardennen.
Foto: Peter Stollenwerk

vereinigung Eifel-Ardennen Marketing' eine Gesellschaft zu gründen, die auch ohne finanzielle Förderung seitens der Europäischen Union weiter von den Mitgliedern getragen wird und sogar noch neue hinzugewonnen hat. Bei den anderen ist die Zusammenarbeit immer nur projektbe-

zogen und hängt von Fördergeldern ab.“

Dass die Eifel dabei „historisch bedingt Vorteile“ hat, räumt Etschenberg gerne ein. „Vor allem die Grenzregionen im Osten müssen erst noch Vertrauen zueinander aufbauen.“ Schließlich seien dort – anders als im Westen

Deutschlands – die Grenzen jahrzehntlang dicht gewesen. Dagegen habe es bereits Mitte der 50er Jahre erste Ansätze zur deutsch-belgischen Zusammenarbeit gegeben und 1972 sei durch einen Staatsvertrag zwischen Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Belgien der Deutsch-Belgische Na-

turpark ins Leben gerufen worden. Und auch die Sprachbarrieren seien im Raum Eifel-Ardennen nicht so hoch wie im Osten, sagt Etschenberg.

Die Zusammenarbeit der zehn nordrhein-westfälischen und rheinland-pfälzischen Kreise, der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, der touristischen Einrichtungen und Organisationen der Provinz Lüttich und der belgischen Provinz Luxemburg sowie Teilbereichen der Region Wallonie beschränkte sich mittlerweile aber nicht nur auf den Tourismus, betont der Kreisdirektor. Mit der „Zukunftsinitiative“ sei ein Strategieplan zur Profilierung der Region Eifel-Ardennen als einheitlicher, wettbewerbsfähiger Wirtschafts- und Lebensraum entwickelt worden. Ob Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe, Technologie und Innovation oder eben Tourismus: Gemeinsames Ziel der Partner sei es, die regionalen Kompetenzen gezielt zu stärken und weiterzuentwickeln. Ein Ansatz, der so in den anderen Grenzregionen (noch) nicht verfolgt werde, sagt Etschenberg.

Eines aber haben alle Grenzregionen gemeinsam: Sie beklagen die überbordende Bürokratisierung der Antragsverfahren um EU-Gelder. „Es lohnt sich oft gar nicht, europäische Fördermittel zu beantragen, weil der Managementaufwand viel zu groß ist“, erläutert Etschenberg. Der Tourismusausschuss des Bundestages wolle sich dieser Sache aber jetzt – mit Hilfe der Fachleute aus der Praxis – annehmen. „Im September soll es dazu eine Anhörung in Brüssel geben.“